

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,050.

Abonnementspreis viertelj. 4 1/2 Mk.,
incl. Frangirten 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.,
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Vergeltung für Extrablätter
ohne Postförderung 30 Pf.,
mit Postförderung 45 Pf.

Interimistische Beilage 20 Pf.
Besten Schreibern zum weiteren Ver-
trauen.
Tabelle für das neue Jahr.

Reklamen unter den Redaktionsriefen
die Spalte 20 Pf.
Interimistische sind nicht gebühren-
pflichtig. — Reklamen sind nicht gebühren-
pflichtig, wenn sie durch die
Anzeige.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Schumannstraße 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die für die nächsten Tage
bestimmten Inserate an
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme
Ctto. Kassa, Reichstraße 22,
Leipzig, Reichstraße 18, 2,
nur bis 1/2 9 Uhr.

Nr. 239.

Sonnabend den 27. August 1881.

75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 28. August,
Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Ämtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß am
Nationalfesttage Deutschlands, dem 2. September, Vor-
mittags 10 Uhr, ein Dank- und Segensgottesdienst in der
Kathedrale stattfinden wird.
Leipzig, am 24. August 1881.

Die Kircheninspektion für Leipzig.
Der Superintendent, Der Rath der Stadt Leipzig,
Dr. Georgi. Dr. Georgi.
Diakon Dr. Suppe. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Sämmtliche städtische Verwaltungs- und Cassen-
expeditionen bleiben am 2. September d. J. geschlossen.
Leipzig, den 24. August 1881.

Bekanntmachung.

Da es unabweisbar ist, daß dem Nationalfesttage
Deutschlands, dem 2. September, in unserer Stadt auch
ausserhalb des städtischen Gebietes gegeben werde, so richten wir
an die Bewohner unserer Stadt das Ersuchen, an diesem
Tage die Gebühre in wärtiger Weise mit Flaggenschmuck
zu versehen.
Leipzig, am 24. August 1881.

Bekanntmachung.

Das Befahren des Weges zwischen dem ehemaligen
„Ankerthor“ und dem neuen Schützen-
platze während der Zeit vom 1/2 3 Uhr Nachmittags
bis 1/2 9 Uhr, wird hiermit für hinfällig erklärt.
Auf dem Weg vom neuen Schützenplatze nach dem
Katholischen Friedhof werden die Arbeiten bis zum
20. März geendigt.
Leipzig, am 24. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Rathes, Gerber-
straße Nr. 10, Hof 1. Etage, sollen
den 31. August 1881, Vorm. 9 Uhr,
Wädel- und Kleiderstoffe, 4 Tafeluhren,
3 gelbe Ringe, 1 Fassung, 1 Hülse, 2 Fassung-
stücke u. s. w.
an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.
Leipzig, am 22. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Rathes, Gerber-
straße Nr. 10, Hof 1. Etage, sollen
den 31. August 1881, Vorm. 9 Uhr,
Wädel- und Kleiderstoffe, 4 Tafeluhren,
3 gelbe Ringe, 1 Fassung, 1 Hülse, 2 Fassung-
stücke u. s. w.
an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.
Leipzig, am 22. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Bekanntmachung.

Die Feststellung der am Obdamm und in dessen Um-
gebung anzuwendenden Gebühren ist begeben und werden
die unterzeichneten geüblichen Herren Bewerber hierin in
Rechnung gesetzt.
Leipzig, den 23. August 1881.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 27. August.

Die Page in Frankreich nach dem Neuwahlen nimmt
unangekündigt das allgemeine Interesse in Anspruch. Die eine
Stimme, welche Gambetta im zweiten Votestadium
abgab, über die absolute Mehrheit erhielt, ist von großem
Einfluss auf die Gestaltung des Landes. Denn ohne diese
Stimme würde Gambetta wahrscheinlich unterlegen sein und
sein Eintritt in die Kammer, der deshalb ja doch nicht unter-
blieben wäre, hätte dann einen ganz andern Eindruck gemacht
als jetzt. Gambetta hat ein Bild von jener außerordent-
lichen Kraft des Glücks aufzuweisen, das Staatsmännern
und Führern jener Zeit eigen ist, jenes Glück, welches
Napoleon die schon verlorene Schlacht von Marengo dennoch
gewinnen ließ. Aber nichts ist lachhafter als das Glück,
und wie der Sieger von Marengo schließlich dennoch nach
Waterloo kam, so dürfte auch für den leitenden Staats-
mann Frankreichs der Wohlwille mit einer Stimme das
letzte Fehlen des Glücks bedeuten. Bald wird er seine
Trennung kennen lernen; vorläufig allerdings können
Gambetta und seine Anhänger sich noch ihres Sieges freuen.
— Das Gesamtverhältniß der Wähler weist einen großen
Sieg der republikanischen Parteien überhaupt auf; einzelne
Gruppen mit Ausnahme der Antisemitischen haben an Boden
gewonnen und die Reihen dafür haben Verpartheilung, Republi-
kaner und Ultramontane beizugehen müssen. Die alten Führer
der Bonapartisten, Rouher u. s. w., werden nicht mehr in
der Kammer erscheinen; nur der Staatsminister Cassagnac
ist noch da. Aber auch Herr Barthelemy, der bekanntlich in der
Kammer im Auftrag Gambetta's die Wahlwahl beantragte,
ist nicht wieder gewählt worden; ein bedeutendes
Zeichen! Aus diesen Wahlen kann man schließen, daß die
unpopuläre Mehrheit der französischen Bevölkerung mit der
gegenwärtigen Staatsform einverstanden ist und sie gewahrt
wollen will.

Aber damit ist noch keine Entscheidung für alle diejenigen
Fragen gefallen, die das Land bewegen, denn es handelt
sich doch auch um andere Dinge, als um die bloße Staats-
form. Es werden vielmehr in dieser Übergangsperiode
der Kammer jährliche und heftige Kämpfe auszufechten
werden müssen und man kann nicht absehen, wie sich die
öffentlichen Zustände dann gestalten werden. Die große so-
zialistische Majorität, welche Gambetta in seiner Rede von
Tours verlangte, ist nicht da und wird sich aus den republi-
kanischen Gruppen auch nicht herstellen lassen. Die Republi-
kaner sind in drei große Fraktionen gespalten: die republi-
kanische Union, welche von Gambetta beherrscht wird;
die gemäßigten Union, welche dem Präsidenten Grevy
und das Cabinet Ferry folgt, und die radicale
Linie unter Clemenceau, welche letztere nicht
leicht mit einer der beiden anderen Fraktionen die wä-
chtigen Fragen überwinden wird. Diese drei Gruppen
werden sich untereinander bekämpfen, denn wenn sich auch
Ferry für die theilweise Revision der Verfassung aus-
gesprochen hat, so läßt sich doch nicht annehmen, daß das
Einverständnis des Ministerpräsidenten mit Gambetta von
Dauer sein wird. Fern Gambetta wird mit Rücksicht auf
seinen Ruhm die Revision viel weitergehend verlangen müssen,
als Ferry angesehen ist, und hier liegt der Keim zu neuen
Differenzen.

Der Unterschied zwischen der Gambetta'schen republikanischen
Union und den Anhängern Grevy's ist überhaupt so leicht
nicht zu verstehen. Gambetta arbeitet energisch auf Fort-
schritt und Reformen hin, während Grevy mit der Be-
wahrung des Alters sich dem Conservatismus widersetzt.
Dieser Unterschied ist tiefgehend und entscheidend. Gambetta
hat sich zwar die Gewohnheit angeeignet, den Präsidenten der
Republik persönlich zu verheren, während er dessen Politik
angreift, indem er ein Programm entwickelt, das nur ver-
wirklicht werden kann, wenn Grevy's Einfluß gebrochen ist.
Der Kampf zwischen den beiden Staatsmännern wird sich
in dieser Übergangsperiode noch verschärfen. Nun
sagt man, die Schwierigkeiten zwischen Gambetta'scher
und Grevy'scher Richtung könnten ausgeglichen werden,
wenn Gambetta endlich einmal die Regierung über-
nehmen würde. Es ist aber demnach fraglich, ob Gambetta
dies thun und aus seiner bequemen Stellung, in der er das
Land ohne Verantwortlichkeit regieren kann, herabsteigen wird.
Möglicher Weise wird er erst am Ende der Übergangs-
periode, da seine Majorität so zweifelhaft ist und es
beim nächsten Wahlhochzeitlich noch mehr sein werden, in
die Regierung eintreten wollen. Aber selbst wenn Gambetta
sich bereit finden ließe, ein Cabinet zu bilden, an dessen Spitze
sein Name blühe — was würde dann mit Ferry, dem Führer
der Grevy'schen Partei?

Entweder würde, was sehr wahrscheinlich, Ferry in die
Kammer zurücktreten und dort an die Spitze der Opposition
gegen ein Ministerium Gambetta's sich stellen. Oder, was
unwahrscheinlicher ist, Ferry würde im Ministerium mit irgend
einem Portefeuille bleiben — aber was blühe dann die
Einheit im Cabinet? — Man sieht, es ist nicht
leicht, die republikanischen Fraktionen zu einem Ganzen
zu vereinigen; es wird viel verhandelt, theils durch die
Verschiedenheit der Ziele, theils durch die Gegnerschaft
der Führer. Die Ereignisse aller Schattierungen haben
gezeigt, daß in Frankreich jetzt ein Feld für sie ist; sie
dürften aber in der ruhigen und impetiven Haltung der
Verdickung erkannt haben, daß man ihnen allzu großen
Werth mehr auf Schlagworte legt, und auch Herr Gambetta
mag gewahr geworden sein, daß, wenn er in Belleisle auch
unterlegen wäre, Frankreich deshalb noch lange nicht in God
und Ruhe gelangen würde. Wenn die Bevölkerung gerade
den Wahlgewinn Ruhe und Besonnenheit entgegensetzt, so
ist das ein günstiges Zeichen für die Entwicklung des öffent-
lichen Geistes.

Diese zu Tage getretene Besonnenheit und Mäßigkeit
der Bevölkerung dürfte es auch sein, welche Gambetta zwingen
wird, an die Stelle seiner Reden und Programme endlich
Thaten zu setzen, wenn er seine Rolle in Frankreich weiter-
spielen will. Der Versprechungen, an die man ihn erinnern
kann, sind nicht wenige, und man wird ihn ohne Zweifel ganz
energisch daran erinnern. Die nächste Zeit schon (denn in
Frankreich entwickelt sich die Dinge sehr rasch) werden wir
sehen, ob Gambetta eine wirkliche Reformpolitik einleitet

oder ob seine Versprechungen nur der Wahl wegen, wie schon
so oft, gemacht worden sind.

Bar Alexander hat bisher nicht diejenige Festigkeit
bewiesen, welche ihm allgemein zugestanden wurde. Bald diesen,
bald jenen Einflüssen zugänglich, läßt die von ihm eingeleitete
Politik durchaus die Stetigkeit vermissen. Und doch verlangt
Rugland, wenn es sich auf die Höhe westeuropäischer Cultur
erheben und seine Machtstellung behaupten will, einen ganzen
Mann, der mit jeder Faser am Steuer steht. Bis zur Stunde
hat es der jugendliche Monarch nicht verstanden, sich mit ein-
sichtigen, selbstlosen und thätigen Rathgebern zu umgeben,
welche, von Vorurtheilen frei, nur das Interesse des Landes
im Auge hätten. Die „Reform“ des Herrn Ignatieff,
eines Mannes, dem jeder Zettel gerecht, der Alles, aber Nichts
ganz ist, haben genau den erwarteten Verlauf genommen. Die
wenigen Journale, welche befreit waren, in Rußland Stimmung
zu machen für europäische Cultur, Bildung und Denkhungs-
art, sind nach einander unterdrückt oder suspendirt worden und
die Vertreter des westlichen Pantheismus haben ganz
allein das Wort. Man fragt den europäischen Jüngling ab
und läßt den Mäulen zum Vorschein kommen. Doch es den
gegenwärtigen Leitern des russischen Reiches damit Ernst ist,
kennt auch der Plan, die Revision des Jaren von Peter-
burg nach Moskau zu verlegen. Es wird behauptet, daß
dieser Plan bedenklich ist, wenn man es auch nicht sicher beweisen
kann, so muß man doch zugeben, daß er ganz vortrefflich in die
Pläne der Ignatieff und Genossen paßt. Denn Petersburg
ist bei allen Dingen europäische und dann erst russische Stadt;
es hat sich dort das deutsche Element eine achtungs-
gebietende Stellung verschafft und auch die Rufe der deutschen
Opposition sind einen sehr fühlbaren Einfluß auf die russische
Politik ausgeübt. Die Revision nach Moskau würde die so zu
folgen an dessen Grenze und nicht nach dessen Mitte zu ge-
hen ist. Als Peter I. diese mächtige Stadt erbaute, lagen
nördlich ganz andere Küstlichkeiten und Interessen vor als
heute. Damals bestand nach Polen, und Schweden war noch
ungleich mächtiger. Peter wollte den russischen Handel auf
der Ostsee heben durch Gründung eines solchen Stapelplatzes
und verlegte zugleich seine Residenz dahin, um seinem Be-
strebungen mehr Nachdruck zu geben.

Der russische Jüngling hat die Verhältnisse gekannt. Die
Elemente, welche zur Zeit Peter's die unruhigen waren, sind
heute die stammenden Lehrlinge der Jaren — die Jolanten.
Wenn früher die Rufe der Reformen dem Jaren in Moskau
gehört haben, so wäre sie ihm heute gänzlich
und die gebildeten Kreise, die sich namentlich in Petersburg
angesammelt haben, liefern heute die Bestandtheile jener
unruhigen Opposition, die man als „Reform“ bezeichnet.
Die Revision von dem europäischen entwickelten Petersburg zu
entfernen und sie in das alt-russische, halb asiatische Moskau
zu verlegen — das würde die Acten der Ignatieff, Ruffoff
und Genossen freigegeben lassen.

Der Jare wird also zur gegebenen Zeit nach Moskau
überziehen; es wird sich dort in Folge dessen ein ganz anderes
wirtschaftliches und politisches Leben entwickeln als bisher.
Moskau liegt an den Haupt-Eisenbahnhauptlinien Rußlands;
die Revision ist sichtbar und man braucht nur ein entsprechendes
Infrastruktionsnetz herzustellen, um die Schiffahrt auf diesem
Flusse wieder in Schwung zu bringen. Man weiß, daß
Moskau, eine „heilige Stadt“ der Slaven, reich an allerlei
Heiligtümern ist. Dies Alles würde dazu beitragen — so
rechnen die Herren Ignatieff und Genossen — dem an der
Neuausrichtung des Jarentums an der Moskwa einen neuen
Impuls zu geben. Obgleich ist die strategische Lage von Moskau
als Centrum des Reiches günstiger als die von Petersburg.

Aber, fragt man sich, wird diese Ueberführung wirklich
dem russischen Reich neue Grundlagen geben? — Nein und
überhaupt nicht! Wir halten die Bestrebungen der russischen
Mächte, welche glauben, daß das übrige Europa, insbesondere
Deutschland und Oesterreich, von einem solchen Reformwuchst
„aus Empfindlichkeit“ herabgeführt würde, für übertrieben. Man
kann sagen, daß die russische Macht, wenn sich die Revision
des Jaren in Moskau befindet, etwas mehr concentrirt ist,
aber daran ist es doch die russische Macht und nicht mehr, nicht
weniger. In Rußland ist es glücklicher Weise denn doch
so weit gekommen, daß die gebildete Gesellschaft auch ihre
Stellung behauptet und ein Würdigen mitzubringen hat.
Wenn die Gebildeten in Rußland auch ein Centingum
zu den Russen stellen, so gehören sie doch in ihrer
großen Masse jener Reformbewegung an, welche mit
allen Entschiedenheit Rußlands verlangt, die Europa und
Rußland einander näher bringen. Diese Reformbewegung ist
von Rußland ebenso weit entfernt wie vom Westindien,
aber ihr gehört offenbar die nächste Zukunft Rußlands und
das Jarentum wird mit dieser Bewegung rechnen müssen.
Die Frage liegt nicht: Petersburg oder Moskau? sondern:
Reformen oder nicht? und bevor nicht diese Frage gelöst ist,
kann etwas Anderes überhaupt nicht in Betracht kommen.

Wir nur zu gerechtfertigter Verwunderung verfährt man in
allen Kreisen, die sich mit dem Reich der Erde und des welt-
lichen Staates gegen römische Anmaßung hochzu-
halten wünschen, jene Nachrichten, nach welchen auch für
Julia ein Geistlicher der Straßburger Diözese, also ein
Priester, der nach unter der französischen Diözese groß
geworden ist und seine Richtung der Diözese gegenüber
genommen ist. Der Verdacht muß hierdurch eine Wirkung
haben, daß es sich bei der beabsichtigten Verlegung des
Culturkampfes um ein Abkommen zwischen der preussischen
Regierung und dem Papst handelt, welches geeignet ist, auch
den Reich von Selbstständigkeit für immer zu beseitigen, den
sich die katholische Kirche in Deutschland trotz der Beugung
unter das Joch des römischen Geistes behauptet noch
heute bemüht hat. Für den Augenblick mag dieser Rathweg
für die Regierung der bequemer sein; später wird sie sich
aber sagen müssen, daß es für jedes Land sein Gefähr-
liches hat, auch in Zeiten, wo der Jochlaufende alle Gegen-
sätze zwischen Staat und Kirche möglichst vorübergehend aus-
gelöst erscheint, daß die Interessen in der Kirche mit
Wachsamkeit beobachtet sind, bei denen von einer nationalen
Gefinnung gar keine Rede mehr sein kann.

Man hat freilich auch den seit Erlass der Culturkampfes
abgegebenen preussischen Bischöfen den Vorwurf gemacht,
daß sie katholische Kreise seien; aber man sollte doch immer den
genaueren Unterschied im Auge behalten, der etwa zwischen
dem in Oesterreich lebenden Fürstbischöf von Breslau und dem

neuen Bischof von Trier besteht. Dr. Förster hat sich den
Rechengelegen nicht gefügt und deshalb aufgehört, Bischof
von Breslau zu sein, aber im Grunde wird man doch von einem
Manne, der ein langes Leben in und mit seinem kirchlichen
Volk gewirkt, der in der Frankfurter Nationalversammlung
für die Neugestaltung seines Vaterlandes eingetreten, nicht be-
haupten können, daß er nun auch aufgehört habe, ein Deutscher
zu sein. Ihm, dem Vertrauten mehrerer preussischen Könige
und so vieler hochgeachteter preussischer Vaterlandsfreunde, wird
man doch auch seine preussische Nationalität nicht absprechen
wollen. Und damit vergleiche man nun den Dr. Forrm,
der, als Franzose geboren, in einer ländlichen Jesuitenanstalt
gebildet, die Leitung der ihm vollständig fremden Trierer
Diözese nur übernimmt, um, wie er sich auslegt, seinen Ver-
brennen gegen den heiligen Stuhl zu betreiben.

Forrm hat 1866 den Krieg mit Oesterreich gehabt (und
Schlesien war am weißen davon berührt) und 1870 den
Krieg mit Frankreich. In demselben Jahr war der Schatten
eines Verdicts gegen den Dr. Förster laut geworden, daß
er es etwa an Eifer fehlen lasse, die Vaterlandsliebe seiner
Diözesanen zu betreiben, oder ist er nicht vielmehr mit schweichel-
haften Ausrufungen beehrt worden?
Rein Reich wird wünschen, daß dem Dr. Forrm ähn-
liche Proben seiner Befähigung als preussischer, als deutscher
Bischof bevorzugen; aber gewiß wird Niemand heute den
Ruth haben, voranzujagen, daß dann der Bischof von
Trier wie der vormalige Bischof von Breslau betreiben würde.
Und nun soll es bei diesem einen aufgegebenen und
aus dem Kollende bezogenen Bischof gar nicht einmal bleiben,
der Name des für Julia bestimmten Geistlichen ist schon
genannt und für Rein glaubt bekanntlich der Herr v. S. der
Kugoburger „Allgemeinen Zeitung“ Reklamschreiben zu
müssen. Da ist es denn wirklich an der Zeit, daß die öffent-
liche Meinung sich mehr noch, als es bisher geschehen ist,
dieses hochwichtigen Gegenstandes bemächtigt.

Ein ultramontaner Seite ist kürzlich schmeichelt worden,
Fürst Bismarck beabsichtige eine Art von Concordat mit
dem Papste zu schließen. Der Kaiser hat indessen den
Gedanken an ein solches Abkommen bisher nicht zurückgewiesen,
und die Nachricht hat auch jetzt, trotz des Ganges, den die
Verhandlungen wegen der Stelle von Trier und Julia ge-
nommen, wenig Wahrscheinliches für sich. Mit Recht ist
dem Vorschlag, ein Concordat einzugehen, stets entgegenge-
halten worden, daß der Staat Preußen sich schon um des-
willen hierzu nicht herbeilassen würde, weil der römische Stuhl
Concordate überhaupt, ungeachtet ihrer Vertragform, nur
als päpstliche Specialgesetze betrachte, welche einseitig vom
Papst wieder aufgehoben werden könnten. Diese Theorie ist
in der That von einer Reihe katholischer Schriftsteller an-
genommen worden, und man mag anerkennen, daß sie an den
Grundgedanken des Völkerechts einigen Anhalt findet, denn
es besteht bei Vertragsschlüssen zwischen Monarchen keine
reine rechtliche Gleichheit, welche beide Parteien zu gleichen
Theil das Recht zu halten, jenseitig dem Verträge ohne
bestimmte Fristen dauer geschlossen ist. In Wirklichkeit
haben denn auch die weltlichen Regierungen stets das Recht
beansprucht und anstandslos ausgeübt, ihrerseits die Con-
cordate mit dem Papste zu kündigen. Von Oesterreich ist
das beispielweise erst im Jahre 1860 geschehen.

Das Gerücht erhält sich, daß namentlich die Verhandlungen
zwischen der preussischen Regierung und der Curie auch
auf die Wiederherstellung eines Theils der Diözese
Breslau sich beziehen. Für die Befreiung der Diözese
einer Neuabtheilung des bischöflichen Stuhles in Breslau wäre
das ein bequemerer Ausweg als die Verlegung des Bistums
an den Fürstbischöflicher. Denn es entspricht nicht dem
Vorkommen im Vatican, daß ein einfacher Diözesanbischof, als
weicher Herr Förster trotz seiner ausnahmsweisen Titularat
erscheint, zum Cardinal befördert werde. Man hat sich freilich
die Curie bisher stets dagegen gestäubt, in eine Theilung
des Breslauer Sprengels zu willigen. Es gehört zu den
Grundgedanken ihrer Politik, die Grevy- und Staatsangehörig-
keitsverhältnisse streng zu wachen und an ihrer eigenen kirchen-
politischen Geographie mit Zähigkeit festzuhalten. Noch heute
legt und pflegt man im Vatican die Täufling von dem
Primat des Erzbischofs von Venedig über alle weltlichen Bis-
thümer. Und wie schwer war es nicht, die Verlegung von
Straßburg und Weg von den französischen Metropolitan-
stühlen zu bewirken. Es bedurfte dazu des ganzen Einflusses
der damaligen kirchlichen Regierung unter Mac Mahon,
eines Einflusses, wie er jetzt in den Verhandlungen über die
Breslauer Frage der preussischen Regierung gewiß nicht
irgend einer Seite der zu Gebote steht. Inwiefern gleichwohl
Wenn einmal die Friedensverhandlungen in Berlin die äusseren
Steine für das Untergangkommen der Curie aus dem Wege
räumt hat, kann nicht das Verhältnißverhältniß an jenen
verhältnismäßig doch nur untergeordneten Punkt gewiß nicht
schweren.

Eine erste Probe ihrer Bereitwilligkeit, mit der Regierung
zu gehen, werden die Ultramontanen bei der Credit-
forderung von 40 Millionen Mark für den Zellenschiff
Hamburgs abzugeben haben. Nach dem bisherigen Ver-
halten des Centrums in dieser Angelegenheit war der Schritt
zweifellos, daß der Abgeordnete Windthorst und seine Freunde
der Aufhebung der beschriebenen Fremdenstellung nicht
leidenschaftlich gegenüber ständen. Neuwürdig aber kann man doch
von ultramontanen Wortführern in Verdragsverhandlungen
denken äußern hören, ob die Finanzlage des Reichs die Be-
willigung der ungeheuren Summe von 40 Millionen, sei es
auch rathemäßig, gehalten werde. Dieser theilweise Haltung
von dem eigenen, früher eingenommenen Standpunkte ist be-
zeichnend für das Wesen der Partei. Trotzdem läßt sich mit
ziemlicher Gewißheit vorher sagen, daß das Centrum in ent-
scheidenden Augenblicken klug genug sein wird, sich zur Wehr-
heit für jene Verlage zu stellen. Denn nachdem die Finanz-
frage geregelt worden, ist eine Mehrheit für die Ver-
lage, bestehend aus den Conservativen und den meisten Ultra-
montanen, in jedem Fall gesichert. Die Regieren haben sich durch
den Vertrag mit Hamburg in eine Zwangslage verlegt, die
sie beklagen, die ihnen aber nicht gestattet, die Jansenisten
den unbedeutendsten Unannehmlichkeiten auszuweichen, wie sie
aus einer Ablehnung der Creditforderung hervorgehen müßten.
Wenn es sich bestätigt, daß die Verlegung des
Stabsjahres vom 1. April auf den 1. Juli im Werke ist,
so würde man darin die Absicht erkennen dürfen, allmählich
in die allein zweckmäßige Reihenfolge der parlamentarischen